

Mittwoch (Nachmittag), 9. März 2022 / Mercredi après-midi, 9 mars 2022

**Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration**

**37 2021.RRGR.362 Motion 243-2021 Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, SP)
Sich zuspitzende Lage bei der psychiatrischen Versorgung im Kanton Bern**

**37 2021.RRGR.362 Motion 243-2021 Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, PS)
Soins psychiatriques dans le canton de Berne : la situation se détériore**

Le président. Nous avons encore le temps d'aborder l'affaire du point 37 de l'ordre du jour, il s'agit d'une motion, le gouvernement propose l'acceptation de cette intervention sous la forme d'un postulat, le débat est libre. La proposition du gouvernement est contestée... ? – Oui. Je laisse donc la parole à Mme la députée Gabi Schönenberger.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP), Motionärin. Als Erstes möchte ich Ihnen sagen, dass es wirklich wichtig ist, diesen Vorstoss in Motionsform zu überweisen. Der Regierungsrat möchte den Vorstoss nur als Postulat annehmen. Das Überweisen in Postulatsform wird aber nicht ausreichen, um diesem Problem zu begegnen. In der allgemeinen Psychiatrie hat sich die Situation nämlich weiter zugespitzt, insbesondere auch aufgrund von Corona, und darauf muss reagiert werden.

Der Kanton ist für die Gewährleistung der psychiatrischen Versorgung zuständig und in der Verantwortung. Die Regierungsratsantworten sind aber schon etwas lau gehalten und wurden nicht punktweise beantwortet. Auch zu Punkt 3 wurde von Seiten Regierung wenig gesagt, leider. Gerne möchte ich von Herrn Regierungsrat Schnegg jetzt hier direkt in der Debatte noch mehr dazu erfahren. Auch, was er bereit ist anzugehen und aktiv umzusetzen.

Gerade in der Akutpsychiatrie sind die Situation und die Ausgangslage mittlerweile dramatisch, insbesondere in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Wie Sie diesem Vorstoss entnehmen können, ist es in der akuten Psychiatrie im Kanton Bern im Sommer 2021 zu mehreren Schliessungen von Abteilungen gekommen. Hauptgrund für diese Schliessungen von je einer Akutabteilung für Erwachsene im Psychiatriezentrum in Münsingen PZM und bei den universitären psychiatrischen Dienste UPD in Bern ist der Personalmangel. Im Kanton Bern fehlen jetzt durch die Schliessung dieser Abteilungen viele Betreuungsplätze. Das ist eine Realität.

Mit dem mit der Spitalversorgungsverordnung verankerten Normkostenmodell finanziert der Kanton seit 2017 aber Leistungen, die es eben für die niederschwellige und wohnortsnahe Grundversorgung braucht. Der Kanton hat dafür zu sorgen, dass er Leistungen bei den Listenspitälern mit Leistungsverträgen zielgerichtet und bedarfsgestützt einkauft und abgilt. Der Kanton hat also die Möglichkeit, Leistungsaufträge zu erteilen. Der Regierungsrat kann bspw. die UPD beauftragen, neue Plätze – sprich Betten – zu schaffen, bspw. eben in der Akutpsychiatrie, wo sie dringlich fehlen. Die ambulante Psychiatrie kann nicht in allen Fällen in die Bresche springen, dort, wo ein stationärer Aufenthalt medizinisch notwendig ist.

Mit den Betten haben wir aber natürlich das Pflegenotstandsproblem noch nicht verringert, das ist auch mir klar. Auch hier braucht es Ansätze. Jetzt aber einfach weiter zuzuwarten und die Umsetzung der Pflegeinitiative auf Bundesebene abzuwarten, das geht nicht. Dass es im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie seit Jahren eine prekäre Unterversorgung gibt, die gerade auch in den Randregionen noch ausgeprägter ist, ist bekannt. Der Regierungsrat nennt hier als einen Grund den weniger hohen Verdienst von Psychiaterinnen und Psychiatern, die von allen Fachärztinnen und Fachärzten am wenigsten verdienen. Das allein wird aber kaum der Grund für den Mangel sein.

Es gäbe bereits im Medizinstudium mögliche Ansätze, mehr Nachwuchs im Psychatriebereich zu fördern. So, wie das auch für die Hausarztmedizin notwendig wäre, könnte man bspw. bei einem Vorlesungsschlüssel schrauben. Da kommen nämlich diese Bereiche, diese Disziplinen immer noch nur völlig am Rand vor, trotz dem Berner Institut für Hausarztmedizin (BIHAM), das übrigens hervorragende Arbeit leistet. Auch Weiterbildungsstellen in Praxen analog zur Praxisassistenten bei Hausärzten und Kinderärzten wären durchaus denkbar. Das hat der Regierungsrat, glaube ich, auch geschrieben.

Den Mangel an Personal in der Psychiatriepflege gilt es eben auch dringlich anzugehen. Schliessungen von Abteilungen als Ultima-Ratio-Handlungen führen uns in aller Härte die Realität vor Augen. Andere Abteilungen müssen auffangen, obwohl sie selber schon unter langfristigen und folgenreichen Personalengpässen leiden. Angebote für Patientinnen und Patienten fehlen dadurch jetzt teilweise oder werden massiv heruntergefahren. Es kann auch nicht einfach ausschliesslich in der Verantwortung der Arbeitgebenden liegen, wie die Regierung schreibt. Die kantonale Verantwortung, die psychiatrische Versorgung zu gewährleisten, kann auch nicht einfach abgeschoben werden.

Wie erwähnt, die Zugänglichkeit und die Angebote müssen niederschwellig und wohnortsnahe vorhanden sein. Aber vor allem, liebe Leute hier in diesem Saal, sie müssen überhaupt vorhanden sein. *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Zugang. Dieser muss innert adäquater Zeit gewährleistet werden können. Zu lange Wartefristen beinhalten viele Gefährdungsfaktoren, gerade in Akutsituationen. Die aktuellen Zahlen zur Suizidalität und allgemein zu psychischen Problemen, gerade bei Minderjährigen, sind massiv gestiegen. *(Der Präsident bittet die Rednerin erneut, zum Schluss zu kommen. / Le président demande encore une fois à l'oratrice de conclure.)* Aber sie waren schon vor der Pandemie hoch. Wir müssen handeln, und zwar jetzt.

Le président. La parole est aux groupes. Merci de vous inscrire pour que nous puissions évaluer le temps qui nous reste. La première à s'exprimer pour le groupe UDC, Mme la députée Speiser-Niess.

Anne Speiser-Niess, Zweisimmen (SVP), Fraktionssprecherin. Die Motion spricht ganz klar ein Thema an, das vorhanden ist. Das bestreiten wir als SVP-Fraktion auch nicht. Die Lage bei der psychiatrischen Versorgung im Kanton Bern ist angespannt, stationär wie ambulant. Das bestreitet niemand, auch der Regierungsrat nicht. Die Wartesituation der Patientinnen und Patienten für einen stationären Platz ist eine schwierige und komplexe Angelegenheit. In den auffangenden stationären Stationen braucht es offensichtlich mehr Personal. Personal zu rekrutieren ist eine schwierige Aufgabe, das haben wir heute schon mehrfach gehört, in vielen anderen Berufen ebenfalls. Gerade in den ländlichen Regionen ist diese Tatsache noch verstärkt.

Zuhanden von Sarah Gabi: Wir finden auch mit solch einer Motion kein zusätzliches Personal. Wir sehen das jetzt eins zu eins in der Situation bei den Hausärzten; wir finden schlichtweg keine. Da die stationären Dienstleistungen fehlen, werden vermehrt ambulante Lösungen gesucht, auch bei uns. Ambulante Lösungen bedeuten, dass wir das z. B. mit der Spitex abdecken. Das bedeutet, dass unsere Spitex-Leute grosse Distanzen zurücklegen müssen; bis zu 800 Kilometer pro Monat. Das ist eine unproduktive, unbezahlte Zeit.

Wie der Regierungsrat den ersten Punkt als Motion umsetzen können sollte, ist für uns, ehrlich gesagt, nicht ganz nachvollziehbar. Massnahmen, die umgehend sichergestellt werden sollen – darauf haben wir keine Antwort. Ich komme zum Schluss: Die SVP-Fraktion stimmt den zwei Punkten eins und zwei als Postulat grossmehrheitlich zu. Bei einer Motion hat es nur Einzelne. Punkt 3 als Motion ist eine kleine Minderheit, die hilft und ein Postulat ist einstimmig.

Le président. Nous avons encore une comotionnaire qui souhaite s'exprimer, je laisse le micro à Mme la députée... – où est-ce qu'elle est ? – Elle est à la tribune, mais elle n'est pas inscrite. Ah, voilà, Mme la députée Walpoth.

Belinda Nazan Walpoth, Bern (SP), Mitmotionärin. Ich bin Mitmotionärin und möchte gerne zu diesem Thema auch etwas sagen, und zwar: Der Herr Regierungsrat hat eben bemängelt, dass wir immer Berichte und keine Taten verlangen. Hier verlangen wir Taten. Da muss wirklich etwas gemacht werden. Im Spätsommer wurden hier im Kanton 80 Betreuungsplätze geschlossen. Das sind ungefähr 10 Prozent von dem, was wir überhaupt hier anbieten können. Das ist sehr viel; und das in einer Zeit, wo wir sowieso ein Versorgungsproblem haben. Gemäss Art. 41 der Kantonsverfassung (KV) sind die Behörden zur Sicherstellung einer ausreichenden medizinischen Versorgung verpflichtet. Aber in der Antwort des Regierungsrates, der das nur als Postulat annimmt, kommt das nicht rüber. Eine Verpflichtung will der Regierungsrat nicht.

Die Probleme in der Versorgung waren schon vor der Pandemie bekannt. Deutlich bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie, aber auch bei den Erwachsenen. Lange Wartezeiten, Mangel an psychiatrisch-psychotherapeutischen Fachkräften sowie mangelnde Angebote in allen Regionen, nicht nur in der Stadt, in der Agglomeration, auf dem Land, sowie in den verschiedenen Settings, ambulant, intermediär und stationär. Patientinnen und Patienten warten teilweise monatelang auf einen Termin. Das ist nicht akzeptabel. Bei gewissen Krankheitsbildern ist bereits der Zugang zur Abklärung und Diagnostik erschwert. Etwa bei frühkindlichem Autismus wartet man mindestens 6 Monate oder beim Burnout mindestens 6 Wochen. Das sind die Zahlen, die ich aus einer Studie habe.

Da die niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiater schon mehrheitlich vor der Pandemie ausgebucht waren, musste während der Pandemie versucht werden, alle als Notfall in den institutionellen Einrichtungen zu betreuen. Die Berner Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie (BGPP) bemängelt diese prekäre Versorgungssituation seit Langem. Das ist nicht neu. Wir müssen etwas machen, wir müssen handeln. Gerade bei psychischen Krankheiten muss man schnell handeln und frühzeitig intervenieren – sehr, sehr wichtig. Das kann langjährige, teure Folgen, Konifizierungen verhindern.

Natürlich haben wir einen Fachkräftemangel, wie auch der Regierungsrat in seiner Antwort begründet. Es stimmt auch, dass die tiefsten Einkommen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu finden sind. *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* Wir erwarten vom Regierungsrat, rasch alles, was in seiner Kompetenz und seinen Möglichkeiten steht, gegen diese Unterversorgung zu unternehmen. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu unterstützen.

Le président. Nous allons arrêter ici, nous reprenons à 17 heures pile. Merci bien.

Die Sitzung endet um 16.45 Uhr. / La séance se termine à 16 heures 45.

Protokoll: / Procès-verbal :

Veronika Michel (d)

Ursula Ruch (f)